



# Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELL

SoVD Niedersachsen hat die Fraktionen im Landtag um Bilanz und Ausblick gebeten

## Die Wahlperiode hat Halbzeit: Wir fragen nach!

**Der SoVD Niedersachsen hat die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag gebeten, eine Bilanz der ersten Hälfte der Legislaturperiode aus sozialpolitischer Sicht zu ziehen und einen Ausblick auf die verbleibenden zweieinhalb Jahre zu geben. Aus Platzgründen haben wir uns auf die Antworten der großen Regierungsfraktion beschränkt und jeweils die Sichtweise des SoVD Niedersachsen gegenüber gestellt. Die Texte der anderen Fraktionen sind nachzulesen im Internet unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)**

**Das sagt die CDU:** „Seit dem Regierungswechsel werden mehr als 20 Mehrgenerationenhäuser gefördert.“

**Das sagt der SoVD:** „Die Mehrgenerationenhäuser sind ein Prestigeobjekt der Landesregierung mit teilweise fragwürdigen Genehmigungs- und Finanzierungsgrundlagen. Im Kern befürwortet der SoVD Niedersachsen aber die Idee der Mehrgenerationenhäuser und wünscht sich die Unterstützung weiterer generationenübergreifender Projekte.“

**Das sagt die CDU:** „Familie und Beruf sollen vereinbar sein. Für die Integration von Frauen in das Berufsleben stellt die Niedersächsische Landesregierung im Jahr 2005 rund 2,5 Millionen Euro zur Verfügung.“

**Das sagt der SoVD:** „Die CDU lenkt mit ihrer Familienpolitik von einer Politik für Frauen ab. Der SoVD kritisiert die Abschaffung der Frauenbeauftragten und hat mit der Bildung eigener Netzwerke versucht, der Entwicklung entgegen zu wirken.“ (Anm. der Red.: über eine Veranstaltung im Leineschloss

in Hannover zur aktuellen Frauenpolitik berichten wir in der nächsten Ausgabe).

**Das sagt die CDU:** „Die Einrichtung von Beratungszentren für Demenzerkrankte und deren Angehörige ist geplant. Hirnforschung wird gefördert. Nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird älteren, kranken und pflegebedürftigen Menschen ermöglicht, möglichst lange im vertrauten häuslichen Umfeld zu bleiben. Die Unterstützung durch Pflegedienste und Kurzzeitpflegeaufenthalte ist ein Verdienst des seit dem 1. Januar 2004 geltenden Niedersächsischen Pflegegesetzes.“

**Das sagt der SoVD:** „Das Pflegegeld für Heimbewohner wurde abgeschafft. Die Folge ist, dass Heimbewohner, die diese Leistung bisher bezogen haben, nun Sozialhilfe beantragen müssen. Die Unterstützung der häuslichen Pflege durch Pflegedienste und Kurzzeitpflege gab es bereits vor der Novellierung des Niedersächsischen Pflegegesetzes.“

**Das sagt die CDU:** „In Niedersachsen setzt man sich wieder ein für bürgerschaftliches Engagement.“

**Das sagt der SoVD:** „Die Unterstützung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist nicht von dieser Landesregierung erfunden worden. Den Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – kurz Niedersachsen-Ring – gibt es seit August 2001. Dies ist ein Projekt, das von der vorigen Landesregierung übernommen und fortgeführt wird. Richtig ist, dass der kostenfreie Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz von



CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister

dieser Landesregierung geschaffen worden ist.“

**Das sagt die CDU:** „Drei Millionen Euro stellt das Land im 10. Sonderprogramm zur Verfügung, mit dem die Integration schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt gefördert werden soll.“

**Das sagt der SoVD:** „Es ist zu begrüßen, dass das Land die Sonderprogramme fortsetzt und drei Millionen Euro dafür zur Verfügung stellt. Allerdings ist das 9. Sonderprogramm bereits am 31. Dezember 2004 ausgelaufen und wir befinden uns bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2005. Eine konkrete Aussage, ab wann das Programm weiterläuft, ist bisher ausgeblieben.“

**Das sagt die CDU:** „60 Prozent des Sozialhaushaltes werden für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ausgegeben.“

**Das sagt der SoVD:** „Diese Zahl

hört sich zwar gut an. Aber bestimmte Einrichtungen müssen mit Nullrunden auskommen. Außerdem ist es nach Auffassung des SoVD Niedersachsen ein Rückschritt in die sozialpolitische Steinzeit, dass Leistungen jetzt und künftig nur noch einkommensabhängig gezahlt werden sollen.“

**Folgende Schwerpunkte sollen in den nächsten zweieinhalb Jahren gesetzt werden:**

**Das sagt die CDU:** „Die Landesregierung ist dabei, ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen vorzubereiten. Der Entwurf befindet sich in der Ressortabstimmung.“

**Das sagt der SoVD:** „Ein Landesgleichstellungsgesetz ist von der Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen bereits in ihrer Rede vor dem Sozialausschuss des Landtages am 30. April 2003 angekündigt worden. In der 100 Tage-Bilanz der Niedersächsischen

Landesregierung vom 11. Juni 2003 wurde erklärt, dass eine Projektgruppe im Sozialministerium damit begonnen habe, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten. In der 55. Plenarsitzung am 23. Februar 2005 hat die damalige sozialpolitische Sprecherin Angelika Jahns erklärt, dass „sehr kurzfristig“ ein Gesetzentwurf eingebracht werden wird. Nun befinden wir uns bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 und ein Entwurf liegt immer noch nicht vor. Der SoVD Niedersachsen hat das Gesetz immer wieder gefordert, eigene Vorschläge konkret unterbreitet und wird nicht nachlassen, den hohen Stellenwert der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu betonen. Das Landesgleichstellungsgesetz ist ein Meilenstein, an dem sich die CDU-Landtagsfraktion messen lassen muss.“

**Das sagt die CDU:** „Die CDU-Landtagsfraktion befürwortet die integrative Beschulung, will den Eltern jedoch die Wahlmöglichkeit lassen zwischen Integrationsklassen, Förderschulen und Tagesbildungsstätten.“

**Das sagt der SoVD:** „Der SoVD begrüßt, dass die CDU-Landtagsfraktion grundsätzlich die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in Klassen nicht behinderter Kinder und Jugendlicher befürwortet. Auch in der Notwendigkeit von Wahlmöglichkeiten der Eltern behinderter Kinder zwischen Integrationsklassen, speziellen Förderschulen und Tagesbildungsrichtungen stimmt der SoVD mit dem CDU-Landtagsfraktion überein.“ som/mj/bk

Für mehr Arbeit im Ammerland: Der Landkreis ist eine von 13 Optionskommunen in Niedersachsen

## „Die Bürger fühlen sich besser betreut“

Die Zahlen sind auch im Nordwesten Niedersachsens nicht berauschend. „Der Arbeitsmarkt ist eben schwierig“, sagt der Geschäftsführer „Arbeit“ beim Landkreis Ammerland, Ralf Geerdes. Das Ammerland ist eine von 69 so genannten Optionskommunen in Deutschland, und eine von 13 in Niedersachsen, die sich seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe selbstständig um die Betreuung und Vermittlung von Leistungsempfängern kümmern.

Ralf Geerdes, ehemaliger Mitarbeiter des Bundesagentur für Arbeit, lässt sich trotz der negativen Entwicklung nicht entmutigen: „Wir haben hier sehr positive Erfahrungen damit gemacht, dass wir alle Leistungen in Bezug auf das Arbeitslosengeld II aus einer Hand anbieten können.“ Ein ganz wichtiger Punkt ist dabei

für Geerdes die aktive Arbeitsvermittlung: „Ob Baumschule, Bäcker oder Biertheke: Hier im Ammerland kennt man sich, und durch gute Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern haben wir schon die eine oder andere Stelle extra rausgeholt.“

Seine vieljährige Erfahrung als Sozialdezernent bringt Ingo Rabe in das Optionsmodell mit ein. Er weist auf eine bisher einmalige Situation in Niedersachsen hin: „Die Empfänger des ALG II werden hier im Ammerland dezentral betreut. Jede der sechs Gemeinden ist eine Anlaufstelle; das erspart vielen weite Anfahrtswege.“ Die Gemeinden zahlen neben den ALG-II-Leistungen auch Wege- und Bewerbungskosten und sollen künftig sogar „einfache Vermittlungsfälle“ selbst übernehmen. Sechs Fallmanager unterstützen die Verwaltungsfachleute und sind regelmäßig

auch „vor Ort“ ansprechbar.

Die „bürgernahe Aufgabenerledigung“ kann über einige Probleme bei der Umsetzung aber nicht hinwegtäuschen. „Wir haben die administrativen Probleme unterschätzt, zum Beispiel die Ausgestaltung der Verträge mit den Bildungsträgern“, räumt Ralf Geerdes ein. Außerdem gebe es erhebliche Probleme mit der Computer-Software.

Trotz aller Hürden: Geerdes und Rabe sind zuversichtlich, dass das Optionsmodell, das zunächst für einen Zeitraum von sechs Jahren angelegt ist, bald weitere Früchte tragen wird. Erste Erfolge sind bereits sichtbar: Niemand muss mehr lange Wartezeiten auf den Behördenfluren in Kauf nehmen; im regionalen Arbeitsmarkt ist mehr Dynamik zu spüren – und, so versichern beide Fachleute übereinstimmend



Gemeinsam für mehr Arbeit im Ammerland: Ralf Geerdes (links) und Ingo Rabe.

– „die Bürger fühlen sich seit der Umsetzung der Reform besser betreut.“

Auch die Geschäftsstelle des SoVD ist im Ammerland mit eingebunden. „Wir haben uns mit allen Beteiligten ausgetauscht, denn auf die Erfahrung von Verbänden und Initiativen kann man nicht ver-

zichten“, bekräftigt Geerdes. Aus all dem Wissen hat der Geschäftsführer zusammen mit seinem Team eine „Maßnahme- und Förderplanung“ entwickelt, in der insbesondere die jungen Menschen eine große Rolle spielen. All das ist eine Option für mehr Arbeit im Ammerland! som